



Nr. 36.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Einzelgenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die empfangliche Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Bestellungen 30 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Dienstag, den 12. Februar 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbereich Mt. 1.85, im Fernortsbereich Mt. 1.95. Beleggeld in Württemberg 50 Pfg.

Ein Ultimatum Mackensens an die rumänische Regierung?

Der Frieden mit der Ukraine. — Rumänien.
Die Lage im Osten.

Ein Zusatzvertrag im deutsch-ukrainischen Friedensabkommen regelt das beiderseitige Konsulatswesen und die gegenseitigen staatlichen und privatrechtlichen Schuldverhältnisse in der Richtung, daß die Verbindlichkeiten gegenseitig wieder anerkannt werden. Den beiderseitigen Angehörigen soll der wirtschaftliche Schaden jeder Art ersetzt werden, den sie durch Aufhebung des feindlichen Privatrechts oder sonst wie erlitten haben, und ebenso soll den Geschädigten gestattet werden, ihr Eigentum wieder in Besitz zu nehmen und ihr Geschäft weiter zu betreiben. Der Austausch dienstuntauglicher Kriegsgefangener und der Zivilinternierten soll beschleunigt werden, und für die Straftaten der Kriegsgefangenen soll eine allgemeine Amnestie (Tilgung der Strafe) erlassen werden.

In Deutschland ist man mit dem Erfolg des Friedensvertrags mit der Ukraine recht zufrieden, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung, ebenso in Bulgarien, wo man hofft, jetzt mit Rumänien leichter zum Frieden zu kommen, weil die Rumänen doch nun ganz von den Russen abgeschnitten sind. Man spricht davon, daß die Rumänen vielleicht jetzt daran gehen, Bessarabien, das ihnen die Russen bekanntlich 1878 für ihre Hilfe gegen die Türken abgenommen haben, wieder zu erobern. Rischinow haben sie ja schon eingenommen. Gelingt ihnen dieser Plan, dann könnten sie die von den Bulgaren beanspruchte Dobrudscha leichter verschmerzen. Die rumänische Frage scheint übrigens schon ins Rollen gekommen zu sein nach einer Privatmeldung der „Frl. Ztg.“, nach welcher General Mackens an die rumänische Regierung ein Ultimatum gesandt habe, in dem er für den Eintritt in Friedensverhandlungen eine Frist von vier Tagen setzt. Wenn also die Rumänen sich bis dahin nicht entschieden haben, dann würden die militärischen Operationen wieder beginnen und die Rumänen hätten nach einem siegreichen Feldzug Mackensens — woran nicht zu zweifeln wäre — keine andere Wahl, als die Waffen zu strecken oder sich von dem jetzt neutralen Staat der Ukraine entwaffnen und internieren zu lassen. Auf das deutsche Ultimatum hin ist das Kabinett Bratianu zurückgetreten und der General Averescu, der friedensfreundlich gesinnt ist, wurde vom König mit der Kabinettsbildung beauftragt. Das rumänische Parlament soll einberufen werden, und wird wahrscheinlich zur Frage der Wiedereinverleibung Bessarabiens Stellung nehmen. Von Seiten der Ukraine soll gegen diese Absicht der Rumänen kein Einspruch erhoben werden. Es wird sich nun fragen, ob sich in Rumänien der Staatsmann findet, der das Land wieder die Wege weist, die seinem wirklichen Interesse dienen.

Ein Tropfen Wermuth ist allerdings in den Freudenbecher gefallen, der aus Anlaß des Friedensschlusses mit der Ukraine gefüllt wurde. Die Polen in Oesterreich-Ungarn haben der Wiener Regierung Fehde angesagt, weil sie zugelassen habe, daß Teile von russisch-Polen in das ukrainische Staatsgebiet fallen. Es handelt sich um Teile des Regierungsbezirks Cholm, die wegen der Schaffung einer natürlichen Grenze (dem Bug) gegen Westen an die Ukrainer abgetreten wurden. Die Polen wollen doch aber ein großes geeinigtes Polenreich, das möglichst alle polnisch sprechenden Gebiete umfaßt, schaffen. Neben dem tschechischen Problem ist also nun noch ein polnisches aufgetaucht, das ungleich ernst zu nehmen ist; denn die Polen gehören mit zu den Mehrheitsparteien in Oesterreich, ohne deren Mitwirkung die Regierung ihre Geschäfte nicht verfassungsmäßig führen kann. Wie wollen hoffen, daß die österreichische Regierung, der die Kunst der Kompromisse ja kein ungewohntes Gebiet ist, auch hier einen Ausweg findet.

Was aber tut nun Rußland oder richtiger gesagt, die derzeitige russische Regierung im Hinblick auf die veränderte Sachlage im Osten. Wir haben sofort bei Bekannt-

und Rumänien?

Berlin, 11. Febr. Ein Privattelegramm der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus Bukarest meldet: Nach Meldungen hiesiger Blätter hat das Kabinett Bratianu demissioniert. — Auch eine Neutermelung bezeichnet den Rücktritt des Ministeriums Bratianu als vollzogen.

(WZV.) Frankfurt a. M., 11. Febr. Die „Frl. Ztg.“ berichtet aus Basel: Nach einer Meldung der „Ag. S.“ aus Jassy schickte Mackens am 6. Februar im Namen der deutschen Regierung an die rumänische Regierung ein Ultimatum, worin er dieser eine Frist von vier Tagen für den Eintritt in Friedensverhandlungen festsetzt. Der rumänische Ministerrat versammelte sich sogleich und bot nach einer langen Beratung dem König seine Entlassung an, die angenommen wurde.

(WZV.) Jassy, 11. Febr. Die „Ag. Habas“ meldet: Der König hat den General Averescu mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Protest der österreichischen Polen wegen Benachteiligung des künftigen Polens gegenüber der Ukraine.

Wien, 12. Febr. Die „Poln. Nachr.“ melden: Das Präsidium des Polenklubs, bestehend aus dem Obmann Goeh und den Obmannstellvertretern Keszler, German und Pyski, erschien gestern vormittag beim Ministerpräsidenten Seidler und teilte ihm mit, daß angesichts der Veröffentlichung des Friedensvertrags mit der ukrainischen Volksrepublik, worin von römisch-katholischer polnischer Bevölkerung in überwiegender Mehrheit bewohnte Gebiete von Kongresspolen zugunsten der Ukraine abgetrennt wurden, der ganze Polenklub sich gezwungen sehe, sowohl im Reichsrat als auch in der österreichischen Delegation zur schärfsten Opposition überzugehen.

gabe der Erklärung Trojky, daß die russische Regierung den Kriegszustand mit den Mittelmächten für beendet erkläre und daß sie den Befehl zur Demobilisation des russischen Heeres gegeben habe, die Ansicht ausgesprochen, daß es sich hier um einen geschickten Schachzug Trojky handle, der auf diese Weise für Rußland die Vorteile des Friedens gewinnen wollte, von sich aus aber keinerlei Zugeständnisse machte, indem er die schriftliche Formulierung eines Friedensvertrages ablehnte. Was die Vierbundmächte auf diese willkürliche Neuierung in den Formen der diplomatischen Gepflogenheiten zu sagen haben, darüber haben wir bis jetzt noch keine Nachrichten. man darf aber annehmen, daß sie heute weniger als je geneigt sind, sich von Herrn Trojky lange Vorlesungen über seine kommunistischen und völkerrechtlichen Anschauungen halten zu lassen. Es heißt auch schon, daß die Arbeiter- und Soldatenräte, auf deren Macht Trojky und Lenin sich stützen, nicht geneigt sind, noch weiterhin mit den nach Unabhängigkeit strebenden Fremdbildern den Kampf fortzusetzen. Man will die ukrainische Volksrepublik, Finnland und Polen als unabhängig anerkennen. Die Polen gehen ja ganz unbescheiden mit ihren früheren Unterdrückern um. Sie marschieren immer weiter östlich Minsk vor und haben nun den Bezirk Mohilew als ebenfalls zum künftigen Polenreich gehörig erklärt. Die russische Regierung, die ihr Ansehen von Tag zu Tag schwinden sieht, will nun aber ein Revolutionsheer organisieren, das ihre Macht wieder bestärken soll. Ob's gelingen wird? Wenn man von dem jetzt in Rußland herrschenden Wirrwarr und der völligen Verachtung aller Gesetze hört, so wird es einem schwer, an eine baldige Ordnung der inneren Verhältnisse zu glauben, die doch das erste Erfordernis zur Organisation eines verlässlichen Heeres sind.

O. S.

Die Dobrudscha will bulgarisch werden.

(WZV.) Berlin, 12. Febr. Einer Meldung des „V. Tgl.“ aus Wien zufolge wird aus Sofia berichtet, daß eine Deputation aus der Dobrudscha, die vom Kronprinzen Boris und den Gesandten Oesterreich-Ungarns und Deutschlands empfangen wurde, sich nach Berlin und Wien begibt, um ein Memorandum über den Anschluß der Dobrudscha an Bulgarien zu überreichen.

Hunger, Pest, Cholera und Plünderungen in Rußland.

(WZV.) Berlin, 11. Febr. Der Rat der Volkskommissäre hat durch seinen Vorsitzenden Lenin folgenden Befehl an die Kreisstädte und die Eisenbahnausschüsse erlassen: Es sind die entschiedensten revolutionären Maßnahmen dafür zu treffen, daß nicht ein einziger Gefangener oder Flüchtling sich nach Petersburg oder dem hungernden nördlichen Gebiet wendet. Wir machen im voraus darauf aufmerksam, daß hier Kriegsgefangene oder Flüchtlinge kein Brot erhalten und zum Hungertode verurteilt sind. Sie sind nur nach den mit Getreide versehenen Gouvernements zu leiten. Seht euch unbarmherzig mit den Provokateuren auseinander, die danach trachten, die hungernden Gouvernements mit überflüssigen Mäulern zu übersütten, und darauf rechnen, die Revolution mit der tödlichen Hand des Hungers zu erlösen. Glaub nicht den verfaulenden provokatorischen Telegrammen, die die Kriegsgefangenen nach Petersburg leiten. Die Lösung ist: kein einziger Ueberflüssiger soll in den hungernden Gouvernements sein!

(WZV.) Kopenhagen, 11. Febr. Nach einem Stockholmer Telegramm wird „Aftonbladet“ aus Petersburg gemeldet: Der verschärfte Kriegszustand ist über ganz Rußland verhängt worden. Pest und Cholera breiten sich aus. Die Sterblichkeit ist auf eine schreckliche Höhe gestiegen. In Petersburg sterben täglich 600 Menschen. Es fanden neue Unruhen statt. Die rote Garde schoß auf die Demonstranten.

(WZV.) Stockholm, 11. Febr. In der Nacht zum 7. Februar drangen Bewaffnete in die Auserziehungskirche in Petersburg und plünderten. Sie wurden von lettischen Schützen überrascht und flohen nach heftigem Kampfe. In vielen Stadtteilen fanden Plünderungen von Geschäften und Weinlagern statt. Auf der Nyhållinstraße wurde ein zwecks mit dem Revolver um sich schießender Soldat von der Menge gelynch.

Dänische Hilfe für Finnland.

(WZV.) Kopenhagen, 11. Febr. Die dänische Regierung gab angesichts der in Finnland herrschenden Lebensmittelnot ihre Zustimmung zur Absendung einer Ladung Lebensmittel nach Finnland. Die Ladung setzt sich zusammen aus Getreide, Mehl, Butter und Zucker. Das Motorschiff „Sankt Thomas“ ist damit bereits am Freitag nachmittag nach Stockholm abgegangen.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die amtliche deutsche Meldung.

(WZV.) Großes Hauptquartier, 11. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Erkundungsvorstöße der Engländer an vielen Stellen der Front in Flandern und im Artois führten namentlich bei Warneton und östlich von Armentières zu heftigen Kämpfen. Wir machten dabei Gefangene.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: An der Isthmischen Front und in den mittleren Vogesen lebte die Besatzungstätigkeit am Nachmittag auf. Eigene Erkundungen südlich von Embervill, bei Senones und am Buchenkopf brachten uns Gefangene ein.

Stalkeutsche Front. Auf der Höhe der Fronten lebhafteste Aktivität.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der erste Generalangriffswettbewerb Ende d. d. s. s.

Neue U-Bootsbesätze.

(W.B.) Berlin, 11. Febr. (Amtlich.) Im südlichen Teile des Armeekanal und an der englischen Westküste vermindert unsere U-Boote 18 000 Dr.-M.-Tonnen feindlichen Handelschiffen. Alle Schiffe mit Ausnahme eines in Ballast fahrenden Waren beladen. Ein etwa 5000 T. großer Dampfer wurde aus einem Geleitzug herausgeschossen. Ein anderer, alleinfahrender Dampfer von mindestens 6000 Dr.-M.-T. wurde trotz harter Bedeckung versenkt.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Aus dem feindlichen Lager.

Unkontrollierbare Nachrichten aus England.

(W.B.) Berlin, 12. Febr. In Londoner politischen Kreisen sollen laut „Post“ bestimmte Nachrichten vorliegen, daß die englische Regierung mit Petersburg in besserer Fühlung stehe als früher und daß die Kriegsziele der Entente dort jetzt anders gewürdigt werden als unmittelbar vor dem Sturze Kerenskis. Die frühere britische Militärmission in Petersburg werde wieder auf ihre volle Höhe gebracht. — Heute soll im englischen Unterhaus Lord George eine Erklärung über die allgemeine Lage abgeben wollen. Am 25. Februar wolle er vor den Gewerkschaften in Liverpool über die Notwendigkeit sprechen, sich auf einen hartnäckigen Krieg einzurichten.

Die Anschauung englischer Arbeiterführer.

(W.B.) London, 10. Febr. Reuter meldet: Das der Arbeiterpartei zugehörige Unterhausmitglied Havelock Wilson, Präsident des Seemannsverbandes, sprach bei einer Massenversammlung, die gestern abend von der Vereinigung der Kauffahrtsseelente abgehalten wurde: Es gäbe heute niemand im britischen Inselreiche, der während der letzten vier Monate in engerer Fühlung mit der Arbeiterschaft gestanden habe, als er. Seit dem 20. September habe er über 50 Versammlungen abgehalten, und in allen diesen hätten die Arbeiter ihre Einigkeit und die Festigkeit ihres Entschlusses ausgedrückt, daß es nur ein Ende dieses Krieges gäbe, nämlich die vollkommene Niederlage der Deutschen. Die Versammlung sagte eine Entschliebung, während zweier Jahre nach dem Kriege alle Waren deutscher Herkunft zu boykottieren.

Die Andäufung des amerikanischen Heeres.

(W.B.) Bern, 11. Febr. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Trib.“ meldet aus Washington: Dem Kriegssekretär Baker wurde vor dem Ausschuss des Kongresses zur Untersuchung der Gründe für die Verzögerung in der Ausrüstung des amerikanischen Heeres von dem demokratischen Senator Chamberlain vorgeworfen, er habe mit seiner neuerlichen Erklärung über die verfügbaren Streitkräfte der Vereinigten Staaten das amerikanische Volk getäuscht und ihm den irrlichen Glauben beigebracht, daß die Truppen hinreichend ausgerüstet und die ganze Lage rosig sei. Baker wandte sich dagegen. Er habe lediglich gesagt, daß die Mindestbedürfnisse der Truppen in Frankreich gedeckt seien. Von den allerdings ungeheuren Lücken in der Ausrüstung der Truppen in den Ausbildungslagern habe er absichtlich

nicht gesprochen, da er es für richtig gehalten habe, im Falle keine Zweifel aufkommen zu lassen, die die Regierung nicht für begründet halten würde. Der Ausschuss bekräftigt indessen, daß selbst die dringlichste Ausrüstung der Truppen in Frankreich vorhanden sei. Baker gab ferner zu, daß eine Erweiterung des Planes für den Stand der Ausrüstung möglich sei, behauptete aber, daß der gegenwärtige Plan keinen Grund zu Beforgnissen gebe. Senator Badsforth bestritt dies mit dem Hinweis, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten acht Monaten erheblich schwereren Aufgaben gegenüberstehen würden, als in den neun Monaten seit ihrem Eintritt in den Krieg. Der Ausschuss bezeichnete es dabei als einen schweren Fehler, daß das Kriegsdepartement, obgleich für die Herstellung des französischen 24-cm-Geschützes und der dazu gehörigen Munition alle Maschinenanlagen im Lande vorhanden waren, es abgelehnt habe, diesen Geschütztyp anzunehmen. Baker gab weiter zu, daß das Kriegsdepartement keinen Versuch gemacht habe, dem Kongress Ende 1916 die Notwendigkeit größerer Kriegsvorbereitungen nahezu legen, obgleich die Bundesregierung aus ausgegangenen deutschen Depeschen die Wichtigkeit Deutschlands, die Vereinigten Staaten auch weiterhin zu mißachten, gekannt habe. Er betonte, daß er persönlich 1916 nicht davon überzeugt gewesen sei, daß die Vereinigten Staaten 1917 in den Krieg eintreten würden, räumte aber ein, daß es möglich gewesen wäre, mit den Kriegsvorbereitungen 1916 zu beginnen. Auf eine Anfrage, wenn die völlige Ausrüstung der sämtlichen Truppen und Ausbildungslager in den Vereinigten Staaten zu erwarten sei, erklärte Baker, eine bestimmte Antwort nicht geben zu können. — Die Meldung sagt hinzu, daß die Stellung Bakers schwer erschüttert sei. Wilson versuche ihn zu halten, aber Baker werde vermutlich trotzdem zurücktreten, eine Möglichkeit, die dem Ansehen Wilsons nicht förderlich wäre.

Eine Lokalitätswoche in Amerika.

(W.B.) New York, 11. Febr. Nach einer Reutermeldung begann die Lokalitätswoche, die zum Beweise für die einstimmige Entschlossenheit der amerikanischen Arbeiter, den Krieg zu unterstützen, veranstaltet wird. In über hundert der hauptsächlichsten Städte der Vereinigten Staaten wurden öffentliche Massenversammlungen abgehalten, die begeistert verliefen. Der Präsident der Confederation of Labour, Gompertz, hat in einem Schreiben an die Arbeiter appelliert, an den Kundgebungen dieser Woche teilzunehmen und, wenn nötig, für die Ideale der Politik der Vereinigten Staaten alles aufzuopfern. Über 40 patriotische amerikanische Vereinigungen beteiligten sich an den Kundgebungen des Arbeiterverbandes. — (Das sind also alle Kundgebungen für Wilsons Politik, die darauf ausgeht, die Vierbundmächte zu vernichten, lediglich um Englands Welt Herrschaft zu schützen. Dafür treten aber die Führer der amerikanischen Arbeiter ein als den Idealen (1) der amerikanischen Politik. Was sagen die Herren Haase, Dittmann und Genossen zu dieser Auffassung? D. Schriftl.)

Aus dem Lande der unbegrenzten — Schwindelereien.

(W.B.) New York, 11. Febr. (Ag. Havas.) Der 2. Vorsitzende des Veraltenden Marineauschusses, Saunders, erklärte in einer Rede, man habe ein Mittel gefunden, torpedierte Schiffe unversenkbar zu machen. — (Diese Erfindung ist merkwürdig schnell, wohl 24 Stunden nach der Versenkung der „Lusitania“ gemacht worden. Man muß doch jetzt den amerikanischen Soldaten wieder Mut machen, sonst fahren sie nicht über den Ozean.)

Vermischte Nachrichten.

Geoff Heeking über die preussische Wahlreform.

(W.B.) Berlin, 12. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Aus Anlaß einer Unterredung, zu der der Herr Reichsminister und Ministerpräsident Herr Präsident des Abgeordnetenhauses hatte bitten lassen, machte er dem letzteren u. a. folgende Mitteilung: Ihm (dem Ministerpräsidenten) sei in letzter Zeit von verschiedenen Seiten — auch in der Presse — unterstellt worden, daß er nicht weiter mit der gleichen Entschiedenheit wie bei seinem Amtsantritt für die Wahlreformvorlage eintrete. Er müsse diese Unterstellung mit aller Schärfe zurückweisen; denn er habe sein Wort gegeben, für die Wahlreform eintreten zu wollen und er werde dieses Wort halten. Er erkenne zwar durchaus an, daß eine für die Zukunft Preußens und des Reiches so entscheidende und bedeutungsvolle Vorlage, wie es die preussische Wahlreform sei, eine sehr gründliche und eingehende Durchberatung erfordere und daher nicht in kurzer Frist erledigt werden könne, aber er müsse Wert darauf legen, keinen Zweifel an seinem unveränderten Willen aufkommen zu lassen, die Reform mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bringen.

Postdiebstahl.

Berlin, 12. Febr. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in eine Postabfertigungsstelle in P. B. L. ein und entwendeten, wie dem „B. L. N.“ berichtet wird, Wertpapiere und Bargeld im Betrag von mehr als 250 000 M. Im November v. J. wurden in demselben Zollamt 45 000 M. gestohlen.

Ein Jubiläum.

(W.B.) Vor hundert Jahren (am 10. Februar 1818) erhielt der Forstmeister Karl Friedrich Christian Freiherr v. Draß von Sauerbrunn für die von ihm erfundene Laufmaschine, aus der sich unser Fahrrad entwickelt hat, ein Erfindungspatent auf zehn Jahre. Kurz vorher (am 28. Januar 1818) war dem Erfinder der Laufmaschine, offenbar als Anerkennung für sein Werk, Titel eines Professors der Mechanik erteilt worden. Die Erfindung selbst war allerdings schon einige Jahre alt; denn schon im November 1813 hatte er sie dem Kaiser von Rußland vorgeführt, und als Anerkennung dafür von diesem einen Brillantring erhalten. Freiherr v. Draß stand, als er so für seine Tätigkeit geehrt wurde, im 33. Lebensjahr (er war am 29. April 1785 in Karlsruhe geboren). Mit seinen Erfindungen hatte er wenig Glück. Sie brachten ihm nicht nur keine Einnahmen, sondern kosteten ihm sein Vermögen und auch sein Amt als Forstbeamter. Lange Zeit lebte Draß in Mannheim und unternahm von dort aus Reisen nach England, Frankreich und Amerika. Dann errichtete er in Badlatzenbach (N. Oberrhein) eine Werkstatt zur Herstellung seiner Erfindung. Die letzten Lebensjahre brachte er in Karlsruhe zu, wo er am 10. Dezember 1851 starb. Dort haben dem modernen Erfinder auch die Radfahrervereine auf einem schönen Platze an der Kriegsstraße ein Denkmal errichtet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Februar 1918.

Das Eiserne Kreuz.

* Das Eiserne Kreuz hat erhalten Gefreiter Friedrich Walz von Holzbrunn.

Die Entwicklung und Politik Englands.

Historische Streiflichter.

Von H. Weich, Pfarrer a. D. in Hirsau.

(Fortsetzung.)

Unser Fibusterteeblatt: Howard, Raleigh, Drake nun hatte es bei seinen Raubzügen hauptsächlich auf die spanischen Schiffe abgesehen. In Spanien herrschte damals Philipp II. Von seinem Vorfahren, Karl V., hatte er ein Reich geerbt, in welchem „die Sonne nie unterging“. Denn es umfaßte neben einem großen Teil Europas auch die westindischen Inseln mit Mittelamerika und die langgestreckten Länder an der südamerikanischen Westküste. Neigte sich dann in Spanien die Sonne zum Untergang, so stand sie in diesen Kolonien immer noch hoch am Himmel und andererseits, wenn der Indianer am Titikakasee sich des Abends von seinem Kalabu ein Schlaflied singen ließ, brannte sie dem stolzen Spanier schon heiß auf den Scheitel. Dieses ungeheure, von der Sonne nie verlassene spanische Reich befand sich dazu noch im Besitz der stärksten Handelsflotte in der damaligen Welt.

Wenn nun die spanischen Schiffe reich beladen mit Gold- und Silberbarren und mit kostbaren Gewürzen aus den Kolonien in das Mutterland hinübersegelten, so lauerten jene englischen Abenteurer in irgend einem Schußwinkel unterweg, überfielen die spanischen Schiffe und erleichterten dieselben nach Banditenart. Zur Abwechslung fußen sie auch zuweilen zu den Gestaden der südamerikanischen Kolonien hinüber, um dort zu sengen, zu brennen, zu brandschlagen. Die englische Regierung aber beobachtete gegenüber diesen Piratenleichen ein vielgängerndes Schweigen

oder zwinkerte dazu mit den Augen wie ein alter Marabu, ein Verhalten, das natürlich nicht dazu beitrug, die diplomatischen Beziehungen zwischen London und Madrid zu verbessern.

Jedoch zu einem eigentlichen kriegerischen Austrag kam es erst bei einem andern Anlaß. Spanien stand nämlich damals im Kriege mit den Niederlanden. Um diesen Zweikampf hatte sich England anfangs nicht viel bekümmert. Als es aber den spanischen Truppen gelang, Antwerpen zu nehmen, zog man in London alsbald die Augenbrauen hoch. Denn Antwerpen gleicht nach dem Ausspruch Napoleons I. einer auf England gerichteten Pistole. So sieht es mit seinem Hafen und seiner Ausfahrt nicht nur auf der Karte aus, sondern es bietet auch in Wirklichkeit eine sehr geschickte Operationsbasis für einen Angriff auf England. Darum will England von jeher keine Großmacht, am wenigsten eine bedeutende Seemacht in Antwerpen aufgenommen lassen und so lehrte es sich auch damals schon gegen die Spanier, sobald diese Antwerpen besetzt hatten. Dies geschah also nicht etwa aus Mitleid mit den bedrängten oder aus freundschaftlichen Gefühlen gegenüber den protestantischen Niederlanden, sondern aus egoistischen Beweggründen.

Damit verschärfte sich die bereits vorhandene Spannung bis zur Entladung und der entseffelte Funke schlug in den reichlich aufgehäuften Zündstoff. Der Krieg zwischen England und Spanien entbrannte. Spanien entsandte 1588 eine wohltauglichste Kriegsslotte, die sogenannten Armada. Sie bestand aus 130 gewaltigen Kriegsschiffen mit 19 000 Soldaten. Ein großes Landungsheer sollte nach Flandern aus nach England übergesetzt werden. Wie bemerkte, daß wir uns bereits auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz

von heute befinden. Auf englischer Seite waren natürlich die uns schon bekannten geriebenen Koraren (Drake und Genossen) zur Stelle und ihre mit schwerem Besch beladenen Brander verrichteten an den dichtgedrängten spanischen Kolossen die vernichtende Arbeit unserer heutigen Unterseeboote. Die englischen Kampfschiffe unterstützten dieses Manöver durch einen Massenangriff, und als die Spanier nun in Verwirrung gerieten, setzte zu allem hier ein sich bis zum wilden Orkan steigender Sturm ein, der die weidende spanische Flotte bis an die Klippen Schottlands und Norwegens peitschte. In wenigen Tagen ward so die „unüberwindliche Armada“ zum Wrak. Noch in den heimischen Häfen wurden ihre Ueberreste vom Mißgeschick verfolgt. Die Königin Elisabeth von England ließ nach dieser Katastrophe eine Medaille prägen mit der Aufschrift: „Afflabit Deus et dissipati sunt“, auf Deutsch nach Schiller: „Gott der Allmächtige blies und die Armada stob nach allen Winden“. Der König Philipp von Spanien aber gab bei dieser Hiobsbotschaft seiner Fassung Ausdruck mit den Worten: „Ich habe meine Flotte nicht gegen Sturm und Wellen ausgesandt, sondern gegen Menschen“. Ein weltgeschichtlicher Augenblick war gekommen, eine Schicksalsstunde hatte geschlagen, die eine große Wandlung in den Geschicken der Völker hervorzurufen sollte.

Die protestantischen Niederlande und die deutsch-evangelischen Fürsten begrüßten jetzt England jubelnd als Befieger der katholischen Vormacht und John Bull war von da in den Augen Europas von einem Glorienschein umflossen. Er gefiel sich in dieser Pose und verstand es meisterlich, das gewonnene Prestige im Laufe der Zeit mehr und mehr in bare Münze umzusetzen.

Fortsetzung folgt.

Öffentliche Bekanntmachungen.

Hauschlachtungen.

Die Befreiung der Hauschlachtung befugt es mit sich, daß auch weniger schwere Tiere geschlachtet werden müssen, wodurch die Fleischversorgung einzelner Selbstversorger nur für einen Teil des Jahres sichergestellt ist. In solchen Fällen empfiehlt es sich für die Hauschlächter, zunächst Fleischarten zu beziehen und das aus der Hauschlachtung gewonnene Fleisch für die Hauptfleischzeiten (Saat und Ernte) aufzubewahren.

Die Schultheißenämter wollen in derartigen Fällen die Hauschlächter auf Vorstehendes aufmerksam machen und sie zu entsprechender Festsetzung der Selbstversorgungsfrist veranlassen.

Rgl. Oberamt:
Calw, den 9. Februar 1918. Binder.

Rgl. Oberamt Calw.

Voranschläge für den Gemeindehaushalt.

Die Herren Ortsvorsteher und Verwaltungsausschüsse wollen dafür Sorge tragen, daß die Voranschläge über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1917/18 mit den Beschlüssen der Gemeindevorstände möglichst auf 1. April d. J. dem Oberamt in Abschrift vorgelegt werden.

Bei der Aufstellung der Voranschläge sind die Bestimmungen in Art. 121 bis 134 der Gemeindeordnung und in den §§ 157 bis 165, sowie 200 Abs. 3, insbesondere §§ 158 Abs. 4, 160 Abs. 5 u. 6 und 165 der Vollzugsverordnung hierzu genau zu beachten.

Ferner wird folgendes bemerkt:

1. Hinsichtlich etwaiger Restmittel ist zu bestimmen, ob und zu welchem Zweck solche vorzubehalten oder im laufenden Rechnungsjahr zu verwenden sind;
2. Die nach § 158 Abs. 4 der W. v. G. zu gebenden Erklärungen müssen für den Fall einer erheblichen Abweichung des Voranschlagsbetrags von dem in Spalte 1 angegebenen Rechnungsergebnis verlangt werden, auch wenn eine solche Abweichung von dem in Spalte 2 bezeichneten im Vorjahr eingestellten Betrag nicht besteht.
3. Die für die Gemeindefinanzsteuer als Grundlage dienenden Einheitsätze sind auch dann anzugeben, wenn von

vorhergehender Festsetzung, daß der zulässige Hörsatz zur Erhebung kommen muß. Nur die Berechnung des Prozentsatzes selbst kann in diesem Falle unterlassen werden.

4. Die Entwerfung des Voranschlags hat in möglichst vollständiger Weise zu geschehen und ist schon im Interesse der späteren Berechnung Wert darauf zu legen, daß die einzelnen Sätze in die richtigen Abteilungen eingestellt werden.

5. Der die Volksschule betreffende Teil des Voranschlags ist gemäß Art. 54 Abs. 2 Ziff. 4 des Volksschulgesetzes dem Ortschulrat mitzuteilen.

6. Bezüglich der Aufstellung des Voranschlags der Schulkassen ist die Vorschrift in § 13 Abs. 1 Ziff. 4 u. 5 der Volksschulgesetz zu beachten.

Calw, den 4. Februar 1918.
Regierungsrat Binder.

Neuwahl der Gemeindevorstände.

Die Gemeindevorstände werden an die rechtzeitige Vornahme der Neuwahlen derjenigen öffentlichen Rechner, deren Wahlperiode am 31. März d. J. zu Ende geht, erinnert. Hierbei ist besonders folgendes zu beachten:

1. Die Gewählten sind vor oder beim Amtsantritt gemäß Art. 98 der W. v. G. und § 84 Abs. 3 der Volksschulgesetz durch den Ortsvorsteher zu verpflichten oder auf die früher erfolgte Verpflichtung hinzuweisen. Ueber die Verpflichtung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die von dem Verpflichteten zu unterzeichnen ist.

2. Wenn ein neuer Rechner gewählt wird, hat eine förmliche Amtübergabe unter genauer Beachtung der Bestimmungen in § 87 Abs. 4 der Volksschulgesetz zu geschehen.

3. Nach vollzogener Verpflichtung sind Namen und Beruf der Gewählten unter Angabe des Geburtsortes dem Oberamt anzuzeigen.

4. Die Anstellungsverhältnisse sind nach einem vom Gemeindevorstand auszustellenden Dienstvertrag zu regeln (Artikel 103 der W. v. G.).

Der Betrieb des Wirtschaftsgewerbes, sowie des Flaschenbierhandels ist den Gemeindevorstehern untersagt (Artikel 100 Abs. 3 der W. v. G.).

Beförderung.

Gefreiter Friedrich Dittus von Maisenbach, in einem Landw.-Infanterie-Regiment, wurde am 22. Januar zum etatsmäßigen Unteroffizier befördert.

Die Zulagen zur Invaliden- und Unfallrente.

Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten, die zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 in Aussicht genommen worden sind, werden voraussichtlich auch weiter gewährt werden, da die Forderung, die der Anlaß für die Gewährung dieser Zulagen ist, aller Voraussicht nach auch nach dem 31. Dezember 1918 nicht behoben sein dürfte. Es besteht demgemäß die Absicht, im Wege der Gesetzgebung eine Weiterzahlung der Zulagen über den 31. Dezember 1918 hinaus herbeizuführen.

Zum Verkehr mit Butter.

Für den Verkehr mit Butter hat die Württ. Landesversorgungsstelle neuerdings die Anordnung getroffen, daß die Lieferer ihre Rechnungen für die gelieferte Ware nicht mehr unmittelbar an den Empfänger zu senden haben, sondern an die Landesversorgungsstelle, die dann die Lieferer bezahlt, und zwar regelmäßig zweimal monatlich. Die Bezahlung von etwa der Hälfte erfolgt ungefähr um den 20. des Lieferungsmonats, die Bezahlung der zweiten Hälfte ungefähr bis zum 5. oder 6. des folgenden Monats, jeweils womöglich noch etwas früher. Das neue Zahlungsverfahren ist in erster Linie veranlaßt worden durch die Notwendigkeit, die Lieferer einer wesentlich schärferen Ueberwachung zu unterwerfen, um auf diese Weise eine pünktlichere Durchführung der Lieferungsanweisungen, eine reifere Erfassung der Ware und eine Verringerung der Möglichkeit zum Schleichhandel zu erzielen. Entsprechend den Reichsvorschriften erhebt die Landesversorgungsstelle einen Unkostenbeitrag von 5 M. für den Zentner, der in Württemberg jedoch überwiegend nicht zur Deckung der eigentlichen Unkosten der Landesstelle, sondern zur Ermöglichung eines Preisausgleichs für sämtliche gelieferte Butter verwendet wird. Im übrigen ist an der bisherigen Uebung, wonach die Butter auf möglichst kurzem Wege vom Hersteller an den Verbraucher gelangen soll, nichts geändert worden.

W. Althengstett, 11. Febr. Zu dem vaterländischen Abend, welcher gestern von den Herren Dekan Zeller, Regierungsrat Binder und Landtagsabgeordneter Staudenmeyer in der „Traube“ veranstaltet wurde, fand sich eine stattliche Anzahl von Männern ein. Auch der weibliche Teil der Bevölkerung war gut vertreten. Schultheiß Braun, welcher den Vorsitz führte, begrüßte die Versammlung. Die Hauptrede hielt Dekan Zeller. Es ist nicht möglich, den reichen Inhalt derselben in der Kürze wiederzugeben. Wenige Andeutungen mögen genügen. Ausgehend von dem Abschluß des Friedens mit der Ukraine entwarf er in sachkundigen Ausführungen ein Bild von der Geschichte der Ukrainer, von ihrem Land und dem Reichtum seiner Erzeugnisse, von der großen

Bedeutung, welche das friebliche Abkommen mit denselben für uns in wirtschaftlicher Hinsicht hat. In einem zweiten Teil ließ der Redner in großen Zügen den bisherigen Verlauf des Krieges an den aufmerksamen Zuhörern vorüberziehen, hauptsächlich solche kritische Augenblicke hervorhebend, wo alles für uns auf dem Spiele stand, wo aber mit Gottes Hilfe und Dank der Ueberlegenheit unserer Heerführer, vor allem Hindenburgs, sowie der unerschütterlichen Tapferkeit unserer Truppen die wunderbare Wendung eintrat. Der Vortrag schloß mit dem Ausdruck der zuversichtlichen Hoffnung, daß wir den Krieg zu einem guten Ende führen werden, wenn das Heer an der Front und die Heimat wie bisher treu und fest zusammenstehen. Diesen „idealen“ Gedankengängen folgte Regierungsrat Binder die „prosaische“, aber nicht weniger wichtige und notwendige Mahnung und Bitte hinzu, die Landwirte möchten ihr Möglichstes tun, um den Bedürfnissen des Heeres wie der Zivilbevölkerung weiterhin zu genügen, und was nicht für sie selbst und ihren Betrieb unumgänglich nötig ist, freiwillig der Gesamtheit zur Verfügung stellen. Besonders eindringlich warnte er vor dem vielfach geübten Schleichhandel. Die vorgeschriebene Zeit erlaube dem Landtagsabgeordneten Staudenmeyer nur noch ein kurzes Wort des Dankes an die Landwirte, deren erschwerte Arbeit die Städter zu würdigen wissen, und der Ermunterung, vollends auszuhalten und auch an der bevorstehenden 8. Kriegsanleihe nach Kräften sich zu beteiligen, im Sinne des Schillerschen Wortes: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an! Hier sind die Wurzeln deiner Kraft.“ Der Vortrag von vaterländischen Gesängen und von Gedichten durch die Schüler der Oberklasse unter Leitung von Oberlehrer Raiff trug auch das seine bei zur Verschönerung der eindrucksvollen Feier.

(S. W.) Stuttgart, 11. Febr. Der als ziemlich wohlhabend, aber auch als Geizhals bekannte 73 Jahre alte Weingärtner Wilm. Müzenmayer von Övertärcheim war Witwer und hatte seinen 33 Jahre alten rechtmäßigen Sohn Hermann, der blind, verkrümmt, abgemagert, und seit drei Jahren bettlägerig war, angeblich aus Mitleid, weil der Sohn große Schmerzen bekundete und viel Arbeit machte mit Kupfervitriol vergiftet. Der Sachverständige konstatierte, daß der Tod nicht direkt durch das Gift eingetreten sei, sondern die Kräfte des ohnehin schwachen Körpers hätten eben immer mehr abgenommen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des versuchten Mordes schuldig und das Gericht verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren 3 Monaten abzüglich 5 Monaten Untersuchungshaft.

(S. W.) Ulm, 12. Febr. Die hiesige Goldbankaufstelle hat während ihres einmonatigen Bestehens für rund 100 000 M. Goldsachen und für über 40 000 M. Juwelen erworben. Nach der Goldbankaufstelle wird auch der Silberankauf in gleicher Weise wie der Goldankauf eingeführt.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seilmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Die Höhe der Abgabepflichtung ist vom Gemeindevorstand einer Nachprüfung zu unterziehen. Für die Festsetzung kommen die §§ 96 und 97 der Volksschulgesetz in Betracht. Sofern eine veränderte Festsetzung vorgenommen wird, unterliegt solche der Genehmigung des Bezirksrats. In diesem Falle ist bis spätestens 1. April d. J. Vorlage zu machen.

6. Die Wahl eines Gemeindevorstandsmitglieds zum Rechner bedarf der Zustimmung des Bürgerausschusses (Art. 49 Nr. 15 der W. v. G.).

Calw, den 4. Februar 1918.
Rgl. Oberamt: Binder.

Sonderzulagen für Holzabfuhrpferde.

Der Kommunalverband ist ermächtigt worden, den Pferden, die aus den Wäldern Holz abfahren, das für unmittelbaren oder mittelbaren Heeresbedarf, für Grubenholz, für die Papierfabrikation, für Eisenbahnschwellen und Eisenbahnwaggons, Kisten, Fässer, Holzsohlen und Kiefernholz bestimmt ist, Sonderzulagen an Hafer zu bewilligen. Die Zulagen sind an die Holzabfuhrunternehmer nach der Zahl der von ihnen zu leistenden Gespanntage zu verteilen. Der Höchstsatz der Zulagen für Pferd und Gespanntage ist 1 1/2 Pfund.

Ueber die Anzahl der Gespanntage haben die Holzabfuhrunternehmer Bescheinigungen der Forstrevier- oder Gemeindeverwaltung vorzulegen. Die Bescheinigungen müssen die Zahl der beschäftigten Pferde und die Gespanntage enthalten und ferner Angaben darüber, von wo, wohin und für welche Zwecke das Holz abgeführt wird. Der Tag der Ausstellung ist anzugeben und die Unterschrift des bescheinigenden Beamten unter Beifügung seiner Dienststellung oder seines Amtscharakters.

Soweit den Holzabfuhrunternehmern noch selbstgeernteter Hafer zur Verfügung steht, ist dies zu bemerken, da ihnen dieser freigegeben wird.

Anträge auf die Zulage sind spätestens bis 1. März d. J. dem Oberamt vorzulegen.

Calw, den 7. Februar 1918.
Rgl. Oberamt: Binder.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Ausführungen übernimmt die Schriftleitung nur die pressgesetzl. Verantwortung.)

Zur Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung im Oberamt Calw.

Ich traute meinen Ohren kaum, als vor einigen Tagen durch den Ausruf hier bekannt gemacht wurde, die Erwerbslosenunterstützung im Oberamt Calw höre mit dem 1. April d. J. auf. Wie ich höre, beruht das auf einem Beschluß des Bezirksrates. Ich suchte mir diesen Beschluß auf allerlei Weise zu erklären. Wittert der Bezirksrat am Ende schon so stark Friedenslust, daß er glaubt, darangehen zu können, Kriegseinrichtungen abzubauen? Oder hat er für die Erwerbslosenfürsorge ein Ersatzmittel gefunden, wie derzeit allgemein mit „Ersatz“ gearbeitet wird? Oder sollte der Grund der sein, daß diese Art der Unterstützung nur in einzelnen Gemeinden (hauptsächlich Liebenzell, Unterreichenbach) in Anspruch genommen wurde? Es stehen hier in Liebenzell 13 Personen im Genuß der Erwerbslosenunterstützung und beziehen zusammen monatlich 407 M. Wenn nun in andern Gemeinden die Einrichtung der Erwerbslosenunterstützung weniger bekannt ist und darum nicht in Anspruch genommen wird, so ist das mangelhaft, und beruht darauf, daß die betreffenden Erwerbslosen von berufener örtlicher Seite nicht aufmerksam gemacht wurden.

Der Termin der Aufhebung (1. April) legt die Vermutung nahe, daß man im Bezirksrat davon ausging, die Saison werde auch den Erwerbslosen Verdienst bringen. Wenn aber das Kur- und Badewesen, der ganze Fremdenverkehr im kommenden Sommer von Seiten der Behörden dieselben Hemmungen und Beschränkungen erfährt, wie bisher im Krieg, so wird die Verdienstmöglichkeit nicht sehr groß sein. Außerdem ist zu bedenken, daß bei der Erwerbslosenfürsorge Staat und Reich 90 Prozent der Unterstützung trägt, während die übrigen 10 Prozent von Bezirk und Gemeinde je hälftig getragen werden. Die Ausgaben des Bezirks sind also im Vergleich zu der großen Wohltat, die die Erwerbslosenfürsorge für die betreffenden Familien bedeutet, äußerst gering und rechtfertigen den Beschluß nicht. Wenn der Bezirk einmal die dankenswerte Einrichtung getroffen hat, sollte er sie nicht in der kritischsten des Krieges aufheben und dadurch so manche Familien vor neue schwere Sorgen stellen. Ich meine, wenn gegenwärtig unserm Volk in allen Versammlungen bringend ans Herz gelegt wird: haltet aus, tut eure Pflicht, laßt nicht nach, so dürfte das selbe auch den Behörden gepredigt werden: haltet auch ihr aus in den Werken der Liebe und Fürsorge, ziehet nicht plötzlich eure Hand zurück! Alle noch so schöne Reden und glänzende Versammlungen können das nicht wieder gutmachen, was so ein einziger Beschluß einer Behörde an Stimmung verdirbt, an Mißstimmung hervorruft, nicht bloß unter den Nächstenbetroffenen daheim und an der Front, sondern auch in weiteren Kreisen, die zu solch harten Beschlüssen nicht gut sehen. Der Beschluß des Bezirksrats war jedenfalls nicht eingegeben von sozialer Gesinnung und bleibt deshalb im höchsten Maß bedauerlich. Sanbberger, Liebenzell.

Stadtschultheißenamt Calw.
Nach Meldung der Schutzmannschaft wurden
Rehricht und sonstige Abfälle
in letzter Zeit vielfach
auf die Straße, oder in die Nagold geworfen,
soll sie durch den städtischen Rehrichtwagen abführen zu lassen.

Das ist verboten und strafbar.
Die Schutzmannschaft ist angewiesen, künftig jede derartige Ueber-
tretung unmissverständlich zur Anzeige zu bringen und der Einwohnerschaft
wird daher in ihrem eigenen Interesse dringend empfohlen, die städtische
Rehrichtabfuhr zu benutzen.
Calw, den 11. Februar 1918.

Stadtschultheißenamt: H. V. Dreih.

Stadtschultheißenamt Calw.
Kartoffel-Verkauf
am Donnerstag, den 14. ds., nachmittags 2^{1/2}—4 Uhr, auf dem
Rathaus, Zimmer Nr. 8, der Zentner zu 5.40 Mk. Die Kartoffeln
können sofort im Staefinschen Keller in der Leberstraße gekauft werden.
Calw, den 12. Februar 1918.

Stadtschultheißenamt: H. V. Dreih.

Der Einzel-Verkauf unseres Blattes

erfährt ab heute folgende Aenderung:

Die Einzelnummer am Tage der Ausgabe
3 Pfennig.

Die Einzelnummer älteren Datums
10 Pfennig.

Verlag d. Calwer Tagblattes.

Bieh = Versteigerung.

Am Mittwoch, den 13. Februar, mittags 12 Uhr, verkauft
Unterzeichneter sein sämtliches Bieh:

eine 25 Wochen trächt. Schaffkuh,
mit 8 Liter Milch,

eine gute Nutzkuh, ein Einstellrind,
mit 12 Liter Milch,

einen 6 Monate alten Faren.

Liebhaber hiezu ladet ein

Ludwig Schöning, zum „Hirsch“.

BESUCHSANZEIGEN : PREISLISTEN
RECHNUNGEN : RUNDSCHREIBEN
BRIEFBOGEN : BRIEFUMSCHLÄGE
ADRESSKARTEN :: POSTKARTEN
LIEFERT IN SCHÖNER AUSFÜHRUNG RASCH UND PREISWERT DIE
A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI
:: LEDERSTRASSE 151 CALW FERNSPRECHER Nr. 9 ::

Esslingen.
Verkaufe
ein Paar starke Zug-
Stiere
(gute Arbeiter)
Gottlieb Kaiser.

Stammheim.
Eine ältere
Schaff-
Ruh
mit Kalb
verkauft
Rober, Pfästerer.

Vom Bahnhof Calw über Sta-
tion Leinach nach der Neubulacher
Steige ging am Samstag

Damenuhr verloren.

Der ehrliche Finder wird gebeten,
dieselbe gegen gute Belohnung in
der Geschäftsstelle ds. Bl. abzugeben.

Wand-Kalender

mit Marktverzeichnis
für das Calwer Oberamt
und die Nachbarbezirke
sind erhältlich. d. Stück zu 15 Pfg.
in der Geschäftsst. ds. Bl.

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre
über die Ursache des Stotterns
und die Beseitigung desselben ohne
Arzt und ohne Berufshörung
(D. R. P.). Die Zusendung erfolgt
sofort im Kuvert ohne Firma voll-
ständig kostenlos.

H. Steinmeier, Hagenburg.
(Schaumburg-Lippe).

In meinem Neubau habe ich
noch eine freundliche

Wohnung

von 3—4 Zimmern mit elektrischem
Licht u. Gartenanteil sofort od. später
zu vermieten.

Gg. Pfau, Marktplatz 49.

Großes unmöbliertes

Zimmer

zum Aufbewahren
von Möbeln Bahnhof-
nähe od. Stadtmitte in saub.
Hause zu mieten gesucht.

Angebote mit Preisangabe an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine Freude

bereden Sie Ihren
Ausmarschiereten, wenn
Sie ihnen das Calwer
Tagblatt ins Feld send.

Suche sofort einen
Hund
zu kaufen, welcher gut
ist im Rattenfang.

Angebote mit Preisangabe sind
zu richten an:
Leopold Luz, Holzhauer,
Siedichfür.

Calw.
Eine schöne trächtige
Gahnenziege
sowie ein jähriges

Ziegenlamm
jetzt dem Verkauf aus

Wilh. Seiz, Salzgasse 64.

Kanzlei- und Sprechzeit des Oberamts und des Kommunalverbands.

Der nunmehrigen Jahreszeit entsprechend gebe ich in Abänderung
der Anordnung obigen Betreffs vom 23. Oktober v. J., folgendes bekannt:
Mit Wirkung vom

Donnerstag, den 14. ds. Mts. an
werden die
Kanzleistunden beim Oberamt und Kommunalverband
für alle Wochentage auf vormittags von 8 bis 12 Uhr
und nachmittags von 2 bis 7 Uhr festgesetzt.

Für den allgemeinen Publikumsverkehr
sind die Kanzleien auch künftig an allen Wochentagen
nur vormittags von 8 bis 12 Uhr
und am Dienstag und Freitag auch nachmittags
von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

Calw, den 11. Februar 1918.

Regierungsrat Binder.

Landwirtsch. Consumverein Calw.

Ammoniak-Superphosphat,
Kalisalz 42% und Kainit,
sowie Kleesamen,

Futtererbsen und Wicken (mit Saat-
karten),
sind auf Lager.

Vorzügliches

Lederfett,
Wagen- u. Saffett,
Treibriemenwachs
und Baumwachs

empfehlen billigst

R. Hauber.

Umstandehalber zu verkaufen
zwei neue

Bettladen
mit Koff und Matrazen,
1 Nachttisch,
1 Bertiko.

Zu erfragen bei
Eugen Holzäpfel, Liebenzell.

Kleesamen,
(dreiblättriger),

Grasamen,
Runkelrübensamen,
Stechwiebel,

solange Vorrat empfiehlt
G. Eberhardt, Wildberg.

Ein
Sack = Karren

mit niederen Rädern,
wird zu kaufen gesucht.
Von wem, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Frau oder Mädchen

für einige Stunden
des Tages gesucht.

Von wem sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Gesucht
wird auf 1. März
nach Pforzheim
ein zuverlässiges, braves, fleißiges

Mädchen

das schon gedient hat, in kleine
Familie.

Frau Hermann Wagner,
Pforzheim, Goethestr. 45 II.

Ehrliches jüngeres

Mädchen

welches auch etwas Gartenarbeit
versteht, wird auf 1. März oder
später in kleine Familie gesucht.

Frau J. Köhle, Pforzheim,
Salierstraße 37.

Verkaufe ältere guterhalt.

Hobelbank.

Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Einen noch guterhaltenen

Zweidrigen Karren

sucht zu kaufen

R. S. Schmert, Simmozheim.

la. Schuhmacher-
Pech

liefert
P. Wertheimer, Schw. Hall.